



SACHSEN-ANHALT

LANDESVERWALTUNGSAMT

Referat  
Organisation,  
Informationstechnik

Landesverwaltungsamt · Postfach 20 02 56 · 06003 Halle (Saale)

An geeignete Unternehmen  
im Vergabeverfahren

**Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb, 103.b-R102/2025  
Erneuerung der Fachsoftware für das Schwerbehindertenrecht-Feststel-  
lungsverfahren nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) für  
das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt unter Ablösung des bishe-  
rigen Fachverfahrens ELVISweb**

## **Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags**

**Diesem Aufforderungsschreiben beigefügte Anlagen**

**a) sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen:**

1. Teilnahmeantrag
2. Bewerbererklärung des Landes Sachsen-Anhalt
3. ggf. Bewerber-/ Bietergemeinschaftserklärung unter Beachtung  
der im Anschreiben aufgeführten Bedingungen
4. Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
5. Datenschutzerklärung
6. Formular Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
7. Erklärung BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022

Halle 30. Juli 2025

Ihr Zeichen:

Mein Zeichen:  
103.b-R102/2025

Bearbeitet von:  
Dr. Huth

Tel.: (0345) 514-

Fax: (0345) 514-

**Hauptsitz:**

Ernst-Kamieth-Straße 2  
06112 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-0

Fax: (0345) 514-1444

Poststelle@

lvwa.sachsen-anhalt.de

**Internet:**

www.landesverwaltungsamt.  
sachsen-anhalt.de

**E-Mail-Adresse** nur für  
formlose Mitteilungen  
ohne elektronische Signatur

**b) verbleiben beim Bieter und sind im Vergabeverfahren zu beachten:**

8. kurze Leistungsbeschreibung
9. Zuschlagskriterien und Bewertungsschema/Bewertungsmatrix
10. Bewerbungsbedingungen

**Nicht diesem Aufforderungsschreiben beigefügte, aber mit dem Teilnahmeantrag einzureichende Erklärungen und Nachweise:**

11. Geeignete Referenzen (mindestens 2) zu Aufträgen, im Bereich der IT-Systementwicklung bei denen Verknüpfungen mehrerer Organisationsstrukturen im Fokus standen oder die über verschiedene Organisationsebenen hinweg umgesetzt wurden, wobei mindestens eine Referenz im Bereich Schwerbehinderten-Feststellungsverfahren gegeben sein muss, durch Vorlage einer Referenzliste der in den letzten 3 Jahren erbrachten Leistungen mit Angabe des Wertes, des Erbringungszeitpunktes sowie des öffentlichen oder privaten Auftraggebers (inklusive Ansprechpartner und Kontaktdaten). Um mehr Wettbewerb zu gewährleisten, können auch Referenzen gewertet werden, die länger zurückliegen, aber maximal 5 Jahre.
12. Nachweis über die Eintragung im Handels-, Genossenschafts-, Stiftungs- oder Vereinsregister oder vergleichbare Nachweise nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Staates, in dem der Bieter ansässig ist, bei Freiberuflern ist die Angabe der Steuernummer ausreichend
13. Nachweis eines Mindestjahresumsatzes im Bereich der IT-Systementwicklung i. H. v. 1.000.000,00 € der letzten drei Geschäftsjahre durch Vorlage einer Bestätigung vom Steuerberater/Wirtschaftsprüfer, aus der die Höhe des Jahresumsatzes der einzelnen Jahre zu entnehmen ist
14. gültiger Nachweis über das Bestehen einer Berufs-/ Betriebshaftpflichtversicherung durch Vorlage einer Kopie der Versicherungsscheine aus denen die Haftungsrisiken und deren Deckungssummen hervorgehen
15. Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft, nicht älter als 6 Monate
16. Bescheinigung in Steuersachen vom Finanzamt, nicht älter als 6 Monate

Es wird darauf hingewiesen, dass die Vergabeunterlagen auf Vollständigkeit der aufgeführten Anlagen durch die Bewerber überprüft werden müssen. Bei inhaltlichen Unstimmigkeiten oder Unklarheiten ist die Vergabestelle über das Vergabeportal zu informieren. Die Frist zur Einreichung von Bieterfragen ist der 15.08.2025, 09:00 Uhr. Bieterfragen die später eingehen, können nicht mehr vor Ablauf der Angebotsfrist beantwortet werden.

Es ist beabsichtigt, die in der anliegenden Kurzbeschreibung bezeichneten Leistungen im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb zu vergeben. Der Auftraggeber stellt den Bewerbern die o. g. Dokumente zur Verfügung, damit interessierte Bewerber eine Entscheidung für oder gegen die Teilnahme am Verfahren treffen und die Teilnahmeanträge erstellen können. Die vollständigen Vergabeunterlagen wird der Auftraggeber erst nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs den geeigneten Bietern im Rahmen der Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung stellen.

Für das Vergabeverfahren gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vom 26. Juni 2013, zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 05.12.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 400), die Bestimmungen der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV) vom 12.04.2016, zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 07.02.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 39), sowie ergänzend die Paragraphen 11 bis 14, 16 bis 18 und 25 bis 26 des Gesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Sachsen-Anhalt - TVergG LSA) vom 07.12.2022.

Auf eine Aufteilung in Lose wird aufgrund wirtschaftlicher und technischer Gesichtspunkte verzichtet.

Ist es beabsichtigt als Bewerbergemeinschaft am Verfahren teilzunehmen, ist dies bereits im Teilnahmeantrag mittels Bewerbererklärung durch alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu erklären. Es ist darzulegen, welche Teile des Auftrags durch welche Mitglieder der Bewerber-/Bieter-/Arbeitsgemeinschaft erfüllt werden. Durch jedes Mitglied der Gemeinschaft sind sämtliche oben aufgeführte Unterlagen dem Teilnahmeantrag beizufügen. Lediglich der Teilnahmeantrag selbst sowie die Referenzliste und die Anlage Personal sind nur einmalig für die Gemeinschaft abzugeben. Da alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften, ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von jedem Mitglied nachzuweisen. Hierzu gehört der Nachweis des entsprechenden Mindestjahresumsatz sowie das Vorliegen einer Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung (Leinemann/Otting/Kirch/Homann/Lück/Radeloff VgV § 43 Rn. 31).

In Bezug auf die Eignungsleihe nach § 47 VgV und den Nachunternehmereinsatz nach § 36 VgV gilt, dass die Anforderungen an die Eignung sowie der Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen durch jeden zu erbringen ist, auf den sich berufen wird.

Der beiliegende Teilnahmevordruck nebst Anlagen ist in Textform gemäß 126b BGB über die Vergabepattform einzureichen. Der Teilnahmeantrag muss dort bis zum

**Ende der Teilnahmefrist, den 20.08.2025, 09:00 Uhr**

eingegangen sein.

Es ist beabsichtigt, bis zum 01.09.2025 alle geeigneten Bieter zur Abgabe eines Angebotes entsprechend § 52 VgV aufzufordern. Der Auftraggeber behält sich vor, bereits auf das Erstantgebot gem. § 17 Abs. 11 VgV den Zuschlag zu erteilen.

Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000,00 Euro netto für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, gemäß § 19 MiLoG eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister anfordern.

Es wird auf die Rügeobliegenheiten des § 160 Abs. 3 GWB verwiesen. Insbesondere ist ein Nachprüfungsantrag gem. § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, einzureichen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez. Dr. Huth